

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 14. September 2015

Erziehungsdirektion

**42 2015.RRGR.603 Bericht
Geschäftsbericht 2014 der Pädagogischen Hochschule Bern (PH Bern)**

Gemeinsame Beratung der Geschäfte 2015.RRGR.602, 2015.RRGR.604 und 2015.RRGR.603.

Präsident. Ich begrüsse den Erziehungsdirektor, Herrn Regierungsrat Bernhard Pulver. Ein Geschäft wurde recht kurzfristig zurückgezogen, wodurch der Zeitplan angepasst werden musste. Jetzt sind wir bereit für die Beratungen der Erziehungsdirektion. Wir beginnen mit den verschiedenen Berichten. Unter Traktandum 40 behandeln wir den Geschäftsbericht 2014 der Universität Bern. Für die Bildungskommission (BiK) hat Grossrätin Baltensperger das Wort.

Eva Baltensperger, Zollikofen (SP), Kommissionssprecherin der BiK. Die BiK hat an ihrer Sitzung vom 11. August den Geschäftsbericht der Uni beraten. Auch die Herren Teuber, Rektor der Uni, und Odermatt, Verwaltungsdirektor der Uni, waren anwesend. Wir konnten sie zum Bericht befragen. Gleichzeitig haben wir die Gelegenheit genutzt, über die aktuelle Situation der Uni zu sprechen. Kurz zusammengefasst, kann man sagen, dass die Uni Bern gut unterwegs ist, dass wir ihr aber Sorge tragen müssen. Ich werde nun mit dem Bericht beginnen und mit einem kurzen Ausblick als Ergänzung zum Bericht abschliessen. Wie Sie wissen, haben wir vor rund vier Jahren einer Gesetzesänderung zugestimmt. Seither erhalten die Hochschulen einen feststehenden Betrag. Zudem führen sie eine eigene Rechnung. Dies gibt den Hochschulen eine grössere Flexibilität und wirkt sich positiv auf ihre Planungssicherheit aus. Das wird sehr geschätzt, auch wenn der Betrag natürlich immer noch jährlich vom Grossen Rat genehmigt wird. Trotz des grösseren Betrags und der Aussicht, dass dieser nicht gleich wieder gekürzt wird, wissen wir, dass unsere sehr gute und erfolgreiche Uni im interkantonalen Vergleich immer noch deutlich unterfinanziert ist. Da gilt es, die Mittel gezielt einzusetzen.

Die Uni Bern will für die kantonalen und ausserkantonalen Studierenden attraktiv bleiben. Das heisst, sie will möglichst viele ausserkantonale Leute anziehen, denn sie wird von den Wohnkantonen dieser Studierenden entschädigt. Gleichzeitig sollen möglichst wenige Bernerinnen und Berner in einem anderen Kanton studieren, da dies für den Kanton Bern Kosten verursacht. Aus diesem Grund hat die Uni zum Beispiel einen Schwerpunkt auf ein besseres Betreuungsverhältnis gelegt und die Mittel dafür intern entsprechend angehoben. Wie Sie dem Geschäftsbericht entnehmen können, ist diese Rechnung aufgegangen. Die Tatsache, dass die Mitarbeitendenzahl stärker angestiegen ist als die Anzahl Studierender, ist in der Kommission diskutiert und mit dem besseren Betreuungsverhältnis begründet worden.

Weiter konnten wir vernehmen, dass es der Uni Bern wieder gelungen ist, massgebliche Drittmittel hereinzuholen, unter anderem dank exzellenten Projekten. So ist die Uni Bern etwa an sechs neuen europäischen Verbundprojekten beteiligt. Bei einem davon hat sie die Koordination inne. In diesem Zusammenhang hat auch ein Ergebnis der Masseneinwanderungs-Initiative in der Kommission kontrovers zu reden gegeben. Im Bericht ist einerseits zu lesen, dass der Zugang zu den interessanten Förderprogrammen der EU erst einmal erschwert wurde. Diese Programme sind nicht nur finanziell interessant, sondern sie machen die beteiligten Universitäten auch als Forschungsstandort attraktiver, sodass man aus den Besten der Besten auswählen kann. Mit der befristeten Teil-Assoziierung zum Rahmenprogramm Horizon2020 herrscht jetzt eine gewisse temporäre Entspannung, aber die langfristige Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ist noch nicht in Stein gemeisselt. Eine ver-

bindliche Zugangsregelung ist für unsere Universität – und damit auch für unseren Kanton – allerdings von grosser Bedeutung, wenn man an die Wertschöpfung denkt, welche die Uni auslöst. Andererseits hat die Initiative auch Auswirkungen auf das Erasmus-Programm gezeigt. Die EU hat die Schweiz zuerst davon ausgeschlossen. Die Uni Bern hat daraufhin mit allen 250 Partneruniversitäten direkt Verhandlungen geführt, damit ihre Studenten und Studentinnen weiterhin an diesen Austausch teilnehmen können. Dadurch konnte sie dazu beitragen, dass die Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vorjahresvergleich stabil bleiben konnte. Weiter war interessant, zu hören, dass an der Uni Bern in den letzten Jahren ein Trend hin zu den sogenannten MINT-Fächern stattgefunden hat. Damit sind die Fachbereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik gemeint. Dieser hat sich im Jahr 2014 sogar noch verstärkt. Ausgerechnet in diesem Bereich herrschen aber insbesondere bei der räumlichen Ausstattung zum Teil sehr kritische Verhältnisse. Dafür ist aber nicht die ERZ, sondern die BVE die Ansprechpartnerin. Wir haben den Aufruf dennoch angenommen: Die anlaufenden Verfahren und Projekte sollen zügig realisiert werden, um die aktuell sehr gute Wettbewerbsposition zu erhalten. Weiter wünscht die Uni, dass der Prozess in Sachen Bauprojekte vereinfacht wird. Dafür hat die BiK grundsätzlich Verständnis gezeigt. Der Uni-Leitung sprechen wir für ihre Arbeit unseren Dank aus. Der Bericht zeigt, dass die Uni grundsätzlich gut unterwegs ist, und dass sie weiterhin unsere volle Unterstützung verdient. Im Namen der BiK möchte Sie bitten, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen, so wie es auch die BiK mit 15 gegen 0 Stimmen bei 1 Enthaltung getan hat.

Präsident. Gemäss unserem Programm beraten wir die Geschäfte 40–42 gemeinsam. Deshalb gebe ich gleich Hans Rudolf Vogt das Wort, der den Bericht der Berner Fachhochschule (BFH) vorstellen wird.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP), Kommissionssprecher der BiK. Ich kann mich recht kurz fassen, denn der Bericht wurde allen zugestellt. Der Geschäftsbericht der Berner Fachhochschule ist sehr informativ, übersichtlich und klar formuliert. Er wurde in der BiK durch die ERZ und durch den Rektor der BFH, Herbert Binggeli, vorgestellt. Wesentlich war dabei unter anderem die Bildung von BFH-Zentren. Dies ist sicher eine positive und zukunftsweisende Entwicklung. Dieser Strategieprozess wird weitergeführt. Insgesamt sollen sieben Zentren definiert werden. Die Planung des Campus Biel ist ein wichtiger Teil dieses Prozesses. Ein anderes Thema ist der Standort der Abteilung Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit sowie der Hochschule der Künste Bern. Diese Frage wird im Grossen Rat zu gegebener Zeit noch zu diskutieren geben. Ich danke den Verfasserinnen und den Autoren dieses Geschäftsberichts bestens. Die BiK hat diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen, und ich bitte Sie, es ihr gleichzutun.

Präsident. Dann gebe ich für den Bericht zur Pädagogischen Hochschule Bern (PHB) das Wort an Corinne Schmidhauser, die ebenfalls für die BiK sprechen wird.

Corinne Schmidhauser, Unterseen (FDP), Kommissionssprecherin der BiK. Die BiK hat den Bericht der PHB am 11. August im Beisein von Herrn Regierungsrat Pulver und von Herrn Direktor Schäfer besprochen. Diese Gäste standen uns für Fragen zur Verfügung, was wir sehr schätzten und hier auch verdanken möchten. Allgemein haben wir festgestellt, dass die PH Bern die drittgrösste Pädagogische Hochschule der Schweiz ist. Die Studierendenzahlen sind zudem leicht im Steigen begriffen, und die PH Bern weist einen hohen Anteil an ausserkantonalen Studierenden von über 30 Prozent auf. Dies ist für eine Berner Hochschule sicher erfreulich. Die PH hat auch einen positiven Jahresabschluss von 15 Mio. Franken ausgewiesen, wobei allerdings lediglich 7,5 Mio. Franken davon tatsächlich der PHB zur Verfügung stehen. Der Rest hängt mit der Bewirtschaftung der Pensionskassengelder zusammen.

Inhaltlich hat die PHB insbesondere die Praxisorientierung weiter verstärkt. Der Zugang zur PHB hat sich durch das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) verändert: Mit der Fachmaturität ist ein neuer Zugang zur PHB möglich. Nun möchte ich auf die Fragen eingehen, welche die BiK den Gästen gestellt hat. Diese wurden umfassend und gut beantwortet. So wurde gefragt, warum der Studiengang der Heilpädagogik wesentlich länger dauert und teurer ist als an anderen Schweizer PH. Herr Schäfer konnte darlegen, dass Kosten bei der Heilpädagogik verbucht wurden, die man eigentlich anderswo hätte verbuchen können. Zum anderen wird geprüft, ob man diesen Studiengang kürzen könnte, damit er dem schweizerischen Durchschnitt entspricht. Zu guter Letzt war auch noch ein Thema, dass an der PHB eine Offensive in Sachen Sprachen stattgefunden

den hat. Dies hat natürlich primär damit zu tun, dass der Kanton Bern beschlossen hat, bereits ab dem dritten Schuljahr eine zweite Landessprache zu unterrichten. Auf diese Neuerung waren viele Lehrkräfte nicht vorbereitet. Die Tatsache, dass der Kanton diese Weiterbildungen bezahlt hat, hat in der BiK zu Diskussionen Anlass gegeben. Schliesslich handelt es sich bei den Sprachkenntnissen um eine berufliche Grundqualifikation, und solche können sonst auch nicht auf Kosten des Kantons nachgeholt werden. Nichtsdestotrotz hat man sich für diese Finanzierung entschieden. Ob dies nach 2018 immer noch der Fall sein wird, konnte und wollte man in diesem Rahmen nicht besprechen. Insgesamt war die Kommission sehr zufrieden mit diesem Bericht. Die Kommission hat den Bericht mit 16 Ja-Stimmen einstimmig zur Kenntnis genommen. Sie beantragt dem Grossen Rat, dies ebenfalls zu tun.

Präsident. Danke für diese Ausführungen. Gibt es Voten zu diesen Berichten? – Samuel Krähenbühl hat sich gemeldet. Er wird im Namen seiner Fraktion sprechen. Wir führen eine reduzierte Debatte. Die Redezeit beträgt zwei Minuten.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Ich nehme es vorweg: Die SVP wird grossmehrheitlich alle drei Berichte zur Kenntnis nehmen. Allerdings möchte ich mich noch zum Bericht der Universität Bern äussern. Dazu möchte ich auf drei Punkte eingehen. Kollegin Baltensperger hat es erwähnt: Dieser Geschäftsbericht hat einige Diskussionen ausgelöst. Erstens muss ich die Uni-Leitung und die Kollegin Baltensperger ein wenig rügen: Wir sprechen nicht mehr über die Masseneinwanderungs-Initiative, sondern über den Artikel 121a der Bundesverfassung. Dies ist eine Tatsache. Diesen Artikel gilt es nun umzusetzen. Ich stelle auch fest, dass die Auswirkungen dieses Artikels auf das Erasmus-Programm sowohl im Bericht wie teilweise auch durch Kollegin Baltensperger leicht verzerrt dargestellt wurden. Erstens hat der Bundesrat bereits im Januar vor der Abstimmung erwogen, aus diesem Programm auszusteigen. Er hat es nicht entschieden, doch er hat es erwogen.

Zweitens hat man mit Erasmus Plus eine recht elegante Lösung gefunden, um eine Teilnahme weiter zu ermöglichen. Dann zu meinem zweiten Punkt, der steigenden Anzahl Studierender: Diese Zahl ist im letzten Jahr um 1,5 Prozent gewachsen. Das Wachstum ist vor allem auf ausserkantonale Studierende zurückzuführen. Auf der anderen Seite gehen aus unserem Kanton wenige Leute an ausserkantonale Unis. Das Problem besteht nun darin, dass diese ausserkantonalen Studierenden zwar ihre Grenzkosten, aber nicht ihre Vollkosten bezahlen. Das heisst, der Steuerzahler hat eigentlich kein Interesse an diesen Studierenden. Was uns vor allem gestört hat, ist das enorme Wachstum des Staatsbeitrags. Der Kanton hat im letzten Jahr 5,9 Prozent mehr an die Uni bezahlt. Das ist viel Geld. Ich frage mich, ob die Uni im letzten Jahr auch um 5,9 Prozent besser geworden ist. Der Regierungsrat hat uns erklärt, dass dies eine Angleichung an die Ausgaben der anderen Kantone sei, die proportional mehr für ihre Unis bezahlen. Dieses Argument ist durchaus annehmbar. Ich erinnere aber daran, dass wir auch in anderen Bereichen hinter den anderen Kantonen herhinken, zum Beispiel in Sachen Steuerbelastung. Dort spricht auch niemand von einer Angleichung. Fazit: Wir werden den Bericht zur Kenntnis nehmen, aber die Geschäftsberichte weiterhin kritisch anschauen.

Roland Näf, Muri (SP). Eigentlich wollten wir als Fraktion nichts zu diesen Berichten sagen. Nun muss ich allerdings eine Replik auf Grossrat Krähenbühls Votum abgeben. Herr Krähenbühl hat absolut Recht: Die Masseneinwanderungs-Initiative wurde angenommen, und wir stehen nun vor ihrer Umsetzung. Da gibt es sehr viele Varianten, über die man diskutieren kann. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass sich die Universität Bern in einer schwierigen Situation befindet. Wenn wir einen starken Kanton Bern und eine starke Universität wollen, müssen wir in der internationalen Forschung gut mit dabei sein. Wenn man dann solche Einschränkungen erlebt wie dies im Zusammenhang mit dem Erasmus-Projekt der Fall war, stellt man fest, dass wir uns in einer widersprüchlichen Situation befinden: Einerseits wollen wir einen wirtschaftlich erfolgreichen Kanton Bern und gleichzeitig sollen wir die Masseneinwanderungs-Initiative umsetzen.

Dann möchte ich noch folgenden Punkt erwähnen: Ich denke, gerade die SVP und auch Herr Krähenbühl sind mit mir einig, dass wir keine unnötige Bürokratie wünschen. Durch die Masseneinwanderungs-Initiative wurde jedoch ein grosser Aufwand nötig, um weiterhin am Erasmus-Programm teilnehmen zu können. So etwas macht keinen Sinn.

Präsident. Grossrätin Baltensperger wurde als Kommissionssprecherin direkt angesprochen und

wünscht nochmals das Wort. Der Regierungsrat wünscht das Wort nicht.

Eva Baltensperger, Zollikofen (SP). Ich wurde als Berichterstatterin direkt angesprochen. Es entstand fast der Anschein, als habe ich etwas eingefärbt. Das war nicht meine Absicht, und ich hatte auch nicht den Eindruck, dass ich dies getan hätte. Wir haben die erwähnten Fragen in der Kommission diskutiert, und wir haben den Geschäftsbericht des Jahres 2014 behandelt. In diesem Jahr wurde eine Initiative angenommen, die die Universität direkt betrifft. Es ist klar, dass dies im Bericht seinen Niederschlag findet. Ich habe dies hier vorne wiedergegeben und wörtlich gesagt, wir hätten dies kontrovers diskutiert. Das ist korrekt. Herr Krähenbühl hat bereits in der Kommission gesagt, dass der Bundesrat sich sowieso überlegt habe, aus Erasmus auszusteigen. Dann hat er ein wenig lächelnd angefügt, er wisse, er habe jetzt ein bisschen provoziert. Ich habe ihm damals dieselbe Antwort gegeben, die ich jetzt gerne wiederhole: Das war nicht einfach eine provokative Aussage, sondern schlicht irreführend. Der Bundesrat hat das seinerzeit nicht aus Kostengründen erwogen, sondern weil die EU das Programm erweitern wollte. Das hatte neue Rahmenbedingungen zur Folge. Ich hätte die SVP hören wollen, wenn sich der Bundesrat dazu keine Gedanken gemacht hätte! Ich finde es irreführend, und ich finde auch den Angriff gegen diese Berichterstattung unpassend. Das wollte ich noch sagen.

Präsident. Vielen Dank für die Erläuterungen zu diesen Berichten. Ist die Kenntnisnahme eines der Berichte im Rat bestritten? – Das ist nicht der Fall, deshalb erlaube ich mir, in einer einzigen Abstimmung über die Kenntnisnahme der Berichte über die Universität Bern, über die PHB und die FHB abstimmen zu lassen.

Abstimmung (Kenntnisnahme der Geschäfte 2015.RRGR.602, 2015.RRGR.604 und 2015.RRGR.603)

Der Grosse Rat beschliesst:
Kenntnisnahme der drei Berichte

Ja	138
Nein	0
Enthalten	0

Präsident. Sie haben alle drei Berichte zur Kenntnis genommen.